

Tätigkeitsbericht

Hauptversammlung

25. März 2004

Liebe Kolleginnen
Liebe Kollegen

1. Personelles im PVL

Fritz Wohlwend

Aufgrund der Statuten wird anlässlich der Hauptversammlung jeweils ein Teil des Vorstandes neu besetzt. Dadurch sind jährlich Ersatz- bzw. Bestäti-

gungswahlen nötig. Anlässlich der Jahresversammlung 2003 im Restaurant Adler in Vaduz wurde der Vorstand wie folgt bestellt:

Vorstand:		
Funktion	Name	Arbeitsstelle
Präsident:	Fritz Wohlwend	c/o Schulamt
Vizepräsidentin:	Dr. Beatrix Schubert	c/o Amt für Finanzdienstl.
Kassier:	Gebhard Marxer	c/o Gemeinde Mauren
Schriftführerin:	Cornelia Bühler	c/o Landespolizei
Beisitzer:	Michael Beck	c/o Landespolizei
	Uwe Hoop	c/o Liegenschaftsverwaltung
	Markus Kindle	c/o Landespolizei

2. RUND UM DEN VERBAND

Fritz Wohlwend

Mit der Hauptversammlung vom 25. März 2003 im Restaurant Adler, Vaduz, starteten wir ins neue Verbandsjahr. Wiederum war die Hauptversammlung schwach besetzt obwohl das Thema „**Besoldungsgesetz**“, welches kurz zuvor vom Landtag in erster Lesung beraten wurde, das Hauptthema des Abends war. Gerold Schädler, externer Berater der Projektgruppe Besoldungsgesetz informierte detailliert über das neue Gesetz und stand als kompetenter Partner für Fragen zur Verfügung. Insbesondere kam zum Ausdruck, dass die Beibehaltung bzw. Verankerung des Teuerungsausgleichs im Besoldungsgesetz weiterhin gewährleistet werden muss. Mit der PVL-INFO Juni-03 wurden alle Mitglieder über die Stellungnahme an die Regierung informiert. Der Personalverband öffentlicher Verwaltungen konnte feststellen, dass dieses Anliegen auch von der Regierung erfolgreich im Landtag vertreten wurde. Das Besoldungsgesetz ist seit dem 1. Januar 2004 in Kraft. Im neuen Besoldungsgesetz ist auch die Installation einer **Personalkommission** vorgesehen. Die Zusammensetzung der aus vier Mitgliedern bestehenden Personalkommission soll sich paritätisch aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammensetzen. Die Personalkom-

mission wird voraussichtlich im April 2004 von der Regierung offiziell eingesetzt. Seitens des Personalverbandes sind Frau Manuela Jäger, Mitarbeiterin im Ausländer und Passamt sowie Fritz Wohlwend, Mitarbeiter im Schulamt und derzeitiger Präsident des PVL vorgeschlagen.

Die Regierung hat die Schaffung eines neuen **Personalrechts (Totalrevision des Beamtengesetzes)** sowie Grundsätze und Schwerpunkte für das neue Personalrecht beschlossen. Zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes hat die Regierung eine Arbeitsgruppe eingesetzt, in welcher auch der Personalverband vertreten sein soll. Frau lic. jur. Ursula Batliner, Mitarbeiterin im Rechtsdienst der Steuerverwaltung wird den Personalverband in dieser Arbeitsgruppe vertreten.

Die Erfahrung aus dem Vorjahr, das aufgrund eines Werbeschreibens an alle neu in die Landesverwaltung eingetretenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einige neue Mitglieder gewonnen werden konnten, hat den Vorstand motiviert. Im Laufe des Verbandsjahres 2003/04 wurden zwei Aktionen gestartet. Der Vorstand konnte insgesamt 18 Neumitglieder aufnehmen. Demgegenüber stehen 17 Austritte infolge Todesfall, Pension oder Austritt aus der Landesverwaltung bzw. Kündigung der Mitgliedschaft, so dass der Personalverband öffentlicher Verwal-

tungen Liechtensteins per heute, 25. März 2004, einen **Mitgliederbestand** von 371 Personen ausweist.

Anlässlich der **Fachtagung „Familie und Beruf – gemeinsam gefordert – gemeinsam bewältigt“** welche von der Projektgruppe Mannsbilder der Stabstelle Gleichstellungsbüro organisiert wurde, stellte sich der Personalverband als Projektpartner zur Verfügung. Die Fachtagung fand am 23. Juni 2003 in der Fachhochschule Liechtenstein statt.

Eingeladen war der Personalverband öffentlicher Verwaltungen zur **Vernehmlassung** betreffend die Schaffung eines Gesetzes über die **Schaffung einer Finanzmarktaufsichtsbehörde**.

Die Stellungnahme des PVL wurde der Regierung fristgerecht zugestellt. Es ging dem Vorstand vor allem darum, dass die bisherigen Landesangestellten nach wie vor den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung gleichgestellt sind. Im Weiteren ist der Personalverband PVL zur Stellungnahme anlässlich der Vernehmlassung zur **Abänderung des Gesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel „Arbeitsgesetz“** eingeladen worden. Die Stellungnahme ist derzeit in Bearbeitung.

Nicht offiziell eingeladen wurde der Personalverband zur Ver-

nehmlassung in Sachen **„Aufhebung des Landesbeitrages an die Nichtberufsunfallversicherung – NBU“**. Der Vorstand hat jedoch noch vor der Landtagsdebatte eine Stellungnahme der Regierung abgegeben und dabei zum Ausdruck gebracht, dass es sich aus Sicht des PVL um Sozialabbau handelt. Die steigende Anzahl an Freizeitunfällen wird zwangsläufig zu höheren Kosten führen. Mit der Abschaffung des Landesbeitrages kann auch keine verbesserte Eigenverantwortung der Arbeitnehmer errungen werden kann, wie dies dem Vernehmlassungsbeicht zu entnehmen ist. Entsprechend unterstützt der PVL-Vorstand auch das vom Liechtensteiner Arbeitnehmerverband LANV ergriffene Referendum zu der vom Landtag verabschiedeten Gesetzesänderung. Die Teilnehmer der Jahresversammlung 2004 erhalten Gelegenheit mit dem Präsidenten des Liechtensteiner Arbeitnehmerverbandes und Initianten des Referendums, Herr Sigi Langenbahn, zur bevorstehenden Abstimmung zur Gesetzesänderung **„Abschaffung des Landesbeitrages an die Nichtberufsunfallversicherung“** ausführlich zu diskutieren.

Erfreulich ist, dass sich immer wieder Personen bereit erklären, beim Verband aktiv mitzuarbeiten. Verständlich ist aber auch, wenn bisherige Funktionäre ihr Amt zur Verfügung stellen. Unser Vorstandsmitglied Michael Beck,

bisher Beisitzer stellt sich für eine Wiederwahl nicht mehr zur Verfügung. Ebenso verzichtet unsere langjährige „gute Seele“ Jacqueline Wolfinger und derzeitige Ersatz-Revisorin auf eine Wiederwahl. Wir danken beiden für ihre aktive Mitarbeit und wünschen ihnen weiterhin viel Erfolg im Beruf wie auch in ihrem persönlichen Umfeld.

3. Parkraumbewirtschaftung

Markus Kindle

Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 9. September 2003 folgende Entscheidung getroffen:

Die Arbeitsgruppe „Parkraumbewirtschaftung in der Landesverwaltung“ wird wie folgt neu bestellt: René Schierscher, stellvertretender Leiter der Regierungskanzlei, Vorsitz (neu); Manfred Gsteu, Vertreter des Hochbauamtes (bisher); Thomas Kind, Vertreter des Amtes für Personal und Organisation (neu); Markus Kindle, Vertreter des PVL (bisher); Adolf Ritter, Vertreter der Lehrverbände (bisher); Markus Verling, Vertreter des Tiefbauamtes (neu).

Für die Mitarbeiterumfrage in der Landesverwaltung und den Schulen zur Arbeitsplatzmobilität wurde die Umfrage verwendet, wie sie von der Arbeitsgruppe „Pendlerverkehr“ der Liechtensteinischen Industrie- und Handels-

kammer beschlossen wurde. Auf der Basis des Regierungsbeschlusses wurde diese im Oktober 2003 durchgeführt. Die Befragung fand gleichzeitig bei vielen anderen grösseren Arbeitgebern in Liechtenstein statt. Die Ergebnisse können als Grundlage für Verbesserungen im Pendlerverkehr als auch für eine allfällige Parkraumbewirtschaftung dienen. Zudem wird eine erneute Erhebung des Ist-Zustandes der Parkplatzsituation in der Landesverwaltung (inkl. Schulen) durchgeführt. Die Arbeitsgruppe ist bestrebt, bis Ende 2004 ein Konzept zur Einführung der Parkraumbewirtschaftung in der Landesverwaltung der Regierung vorzulegen.

4. Tätigkeitsbericht „Arbeitsgruppe zur Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann in der Landesverwaltung“

Barbara Ospelt-Geiger

Die Arbeitsgruppe (Bernadette Kubik-Risch, Vorsitz, Ludwig Frommelt, Letizia Meier, Barbara Ospelt-Geiger, Michael Pattyn und Sabine Tömördy) traf sich im vergangenen Jahr zu neun Sitzungen. Barbara Vogt und Monika Lang-Plüss schieden im Mai aus der Arbeitsgruppe aus und wurden durch Barbara Ospelt-Geiger und Sabine Tömördy ersetzt.

Ein Thema, das die Arbeitsgruppe während des ganzen Jahres beschäftigte, war die Erarbeitung eines Überprüfungsrasters für die **Richtlinien** zur Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen in den der Regierung nachgeordneten Organen. Die Richtlinien wurden von der Regierung mit RA 96/257 vom 12. Mai 1998 verabschiedet. Mit dem Instrument des Überprüfungsrasters sollen die Ämter eine Möglichkeit haben, die Erfüllung der Richtlinien zu evaluieren. Eine Schlüsselrolle spielt dabei das Amt für Personal und Organisation, welches für die Erhebung der meisten Zahlen verantwortlich ist.

Gegen Ende des Jahres wurde die Arbeit am Überprüfungsraster durch das **Instrument des Gleichstellungscontrollings** überlagert. Das Controlling-Instrument als Selbsttest wurde in der kantonalen Verwaltung Graubündens bereits erprobt und stellt ein wesentlich einfacheres Verfahren dar. Die Arbeitsgruppe wird die Anwendung des Gleichstellungscontrollings weiterverfolgen und den Überprüfungsraster als Grundlage beibehalten.

Im März erschien, als Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit für Teilzeitarbeit, im FLip ein Interview mit Thomas Huber-Winter von der Fachstelle „und“ (Familien- und Erwerbsarbeit).

Des Weiteren stellte die Arbeitsgruppe nach rechtlichen Abklärungen fest, dass die **Absichtserklärung für werdende Mütter** (Kündigung bei positivem Verlauf der Schwangerschaft), die im Personalhandbuch immer noch zu finden ist, unzulässig ist. In dieser Meinung wird die Arbeitsgruppe vom PVL unterstützt und es wird darauf hingearbeitet, diese Absichtserklärung aus dem Personalhandbuch zu entfernen.

Die Arbeitsgruppe möchte mit den verschiedenen Themen beim APO vorstellig werden, um die Möglichkeit der konkreten Umsetzung zu klären. Neben dem Gleichstellungscontrolling und der Absichtserklärung gehört das weitere Vorgehen nach Vorlage der Studie über die Teilzeitarbeit in der Landesverwaltung zu den pendenten Themen. Für die Arbeitsgruppe sind Fördermassnahmen notwendig, welche die Teilzeitarbeit in der Landesverwaltung, insbesondere für Männer, ermöglichen.

5. Qualitätsmanagement in der Landesverwaltung

Andreas Batliner

Im Oktober 2002 wurde eine **Mitarbeiterumfrage** durchgeführt. Von den über 800 angeschriebenen Personen retournierten 31% den Fragebogen. Eine Arbeitsgruppe wertete die Fragebogen aus und erstellte eine Tabelle mit den wichtigsten zehn Stärken

und Verbesserungsbereichen. Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe präsentierte die Ergebnisse der Umfrage an einer Informationsveranstaltung. Alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung waren dazu eingeladen.

Der Lenkungsausschuss erhielt den Auftrag, konkrete Massnahmen zu den Verbesserungsbereichen vorzuschlagen. Unter anderem erarbeitete er Vorschläge betreffend die Reform des Personalrechts, die Sensibilisierung der Mitglieder der Regierung sowie der Amtsstellenleiter im Hinblick auf die Qualifizierung der Führungskräfte und das Coaching von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die Veröffentlichung von Informationen in Bezug auf die angemessene Vertretung der Frauen auf den verschiedenen Führungsebenen, die Durchführung einer Nachbefragung bei den Amtsstellen sowie die Erarbeitung von Richtlinien für die Öffentlichkeitsarbeit von Regierung und Verwaltung.

Der zeitliche Aufwand der Amtsstellen für eine **Selbstbewertung** nach dem EFQM-Modell ist sehr gross. Um diese zeitliche Belastung zu verringern, erarbeiteten ein externer Berater, der Vorsitzende des Lenkungsausschusses sowie drei TQM-Begleiter einen Fragebogen. Drei Pilotämter führen nun eine Selbstbewertung mit dem vorliegenden Fragebogen durch. Im Anschluss wird der

Fragebogen nach Bedarf angepasst. Es ist geplant, dass im Jahre 2004 sämtliche Amtsstellen eine Selbstbewertung mittels des überarbeiteten Fragebogens durchführen; also auch jene Amtsstellen, welche bereits eine Selbstbewertung durchgeführt haben.

Der Lenkungsausschuss beauftragte eine Arbeitsgruppe, ein **Leitbild** für die Landesverwaltung zu erarbeiten. Der Leitbild-Entwurf war Hauptthema mehrerer Sitzungen des Ausschusses. Anfangs 2004 legte der Ausschuss einen überarbeiteten Entwurf den Amtsstellen zur Diskussion vor. Angepasst an die vielen konstruktiven Rückmeldungen steht nun das endgültige Leitbild. Es wird nun der Regierung vorgelegt und danach grafisch aufbereitet. Nach Möglichkeit soll das Leitbild noch vor den Sommerferien den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung zugestellt werden.

Die Amtsstellen erhielten im Rahmen des **Deregulierungs- und Delegationsprojekts** den Auftrag, bis Oktober 2003 ihre Aufgaben aufzulisten. Zudem sollten sie prüfen und anführen, welche ihrer Aufgaben vereinfacht, delegiert und privatisiert werden können oder ganz entfallen könnten. Die Auflistung wird die wesentlichen und nicht delegierbaren Aufgaben eines Amtes aufzeigen. Für diese soll den Amtsstellen durch Streichung von als

nicht notwendig erachteten Aufgaben oder Delegation von Aufgaben mehr Zeit zur Verfügung stehen. Leider war es nicht allen Amtsstellen möglich, den Abgabetermin einzuhalten. Aus diesem Grunde wurde die Frist zur Einreichung der Aufgabenlisten verlängert.

Das Landwirtschaftsamt als Pilotamt führte im Rahmen eines Projektes unter der Leitung eines

externen Beraters eine **Personalbedarfsrechnung** durch. Aufgrund der Erfahrungen des Landwirtschaftsamtes soll ein auf die Landesverwaltung zugeschnittenes methodisches Verfahren für eine Personalbedarfsrechnung entwickelt werden. Das Projekt wurde im Jahre 2003 durchgeführt und steht kurz vor dem Abschluss.

Dank

Für die Mitarbeit im abgelaufenen Verbandsjahr danke
ich den Vorstandsmitgliedern sowie den Kolleginnen und
Kollegen, welche sich für die Mitarbeit in Kommissionen und
Arbeitsgruppen, als „stille“ Helfer zur Verfügung gestellt haben

Fritz Wohlwend
Präsident PVL

Vaduz, 25. März 2004